

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hertwig,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Mösel,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

ein dramatisches Jahr liegt hinter uns:

Zeitenwende, Epochenwende, Beginn einer anderen Welt - viele Begriffe wurden dafür schon gewählt.

Die **wehrhafte Demokratie** ist gefordert, sowohl gegen Gefahren von innen, als auch von außen:

- Klima und Wirtschaftssystem befinden sich in einer schweren Krise.
- Grundüberzeugungen hinsichtlich der Sinnhaftigkeit des stetigen Wachstums bei begrenzten Ressourcen geraten ins Wanken.
- Der ständig wachsende Wohlstand (wenngleich zunehmend ungerecht verteilt) hat vielen von uns die Illusion vermittelt, auf dem einzig richtigen Weg zu sein.

Jetzt aber sehen wir uns Herausforderungen gegenüber, die offensichtlich rein durch die Mechanismen des freien Marktes nicht zu bewältigen sind. Das räumen mittlerweile sogar eher konservativ denkende Experten ein.

Die vielen Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte, nicht zuletzt der verzögerte Ausbau regenerativer Energien und das Vernachlässigen ressourcensparenden, nachhaltigen Wirtschaftens, holen uns mit großer Macht ein. Das gilt für den Bund, das Land und eben auch für die Kommunen.

Was bedeuten diese globalen Prozesse für unsere Stadt?

Inzwischen haben große Teile der Bevölkerung, des Gemeinderates und der Verwaltung die unbedingte Notwendigkeit intensiver **Klimaschutzmaßnahmen** erkannt, die wir Grünen schon lange anmahnen.

Wir freuen uns in diesem Zusammenhang über die hohe Akzeptanz - seitens der Verwaltung und aller Fraktionen - unserer Initiative zur Durchführung einer **Klimawoche im März**, zu der wir schon jetzt unsere Mitbürger*innen herzlich einladen.

Ziel dieser Klimawoche ist, der Öffentlichkeit aufzuzeigen, dass jede/r Einzelne mit wenigen Mitteln auch im kleinen Rahmen Großes bewirken kann, um den Klimawandel und seine Folgen abzumildern. Dies beginnt beim Hinterfragen des eigenen Konsum- und Mobilitätsverhaltens und führt über verantwortungsvollen Umgang mit Gas, Strom und Trinkwasser bis zum Erhalt der Artenvielfalt durch naturnahe Gartengestaltung anstelle von Schotterflächen.

Seitens der Stadt wurden aus unserer Sicht zuletzt **viele Schritte in die richtige Richtung** getan:

Erstellen eines Klimaschutz-Konzepts, Weiterentwicklung des ÖPNV, beginnender Ausbau des Radwegenetzes, Mobilitäts-Apps, Rückbau von Parkplätzen, Einführung eines Parkraumbewirtschaftungs-Konzepts, Beschaffung städtischer Lastenräder zur Ausleihe, weitgehender Verzicht auf Außenentwicklung unter deutlicher Belebung der Innenentwicklung und Offenheit für alternative Wohnformen, um nur ein paar davon zu nennen.

Gerade die jüngsten Angebote des **ÖPNV**, Stichwort 1-2-3-Tarif, stellen im Rahmen der allgemeinen Kostensteigerung eine sehr sinnvolle, einfache und kostengünstige Alternative zum Auto dar. Dies bedarf allerdings aus unserer Sicht eine intensivere Präsentation, anschauliche Erläuterungen und Werbemaßnahmen in der Öffentlichkeit!

Auch das Ziel der **klimaneutralen Verwaltung bis 2035** begrüßen wir. Zusammen mit den anstehenden Kosten für die obligatorische **kommunale Wärmeplanung** bedeutet dies jedoch Investitionen im höheren zweistelligen Millionenbereich, die ohne Förderung durch Land und Bund nicht zu stemmen sein werden.

Zudem sind viele der in den letzten Jahren, Jahrzehnten entstandenen **städtischen Gebäude**, - die wir insgesamt durchaus wertschätzen, - zwar modern und z.T. auch mit Architekturpreisen ausgezeichnet, jedoch funktional und unter energietechnischen Gesichtspunkten ausgesprochen mangelhaft erstellt. Hier muss bei künftigen Planungen unbedingt deutlich verantwortungsbewusster gehandelt werden!

Die vermehrte **Bestückung von Dächern städtischer Gebäude mit Photovoltaikanlagen** wurde von unserer Seite wiederholt gefordert. Wir verleihen dieser Forderung nochmals Nachdruck und regendarüber hinaus auch die **Installation vertikaler Anlagen** an.

Es ist zwar erfreulich, dass der aktuelle Haushalt ein unerwartet hohes Einnahmenniveau verzeichnet. Umso mehr muss uns aber Sorgen machen, dass dies für die Zukunft nicht so bleiben wird und wir vermehrt auf Rückstellungen zugreifen werden müssen. So kommen u. a. große Ausgaben bei der Gebäudeerhaltung auf uns zu.

Beim Thema **Ballei** halten wir aufgrund der vielen wichtigen, noch offenen Fragen eine Sondersitzung des Gemeinderates

z.B. hinsichtlich

der Wertigkeit der Bausubstanz, des Gebäudeabnutzungsgrades - sowie der energetischen Sanierungsfähigkeit unter Beteiligung von Fachleuten für unerlässlich.

Ein entsprechender Fragenkatalog wird von uns derzeit erstellt.

Sehr gespannt sind wir auf die eingehenden Anregungen der anstehenden **Ideenwerkstatt** zum Aquatoll. Vielleicht entsteht ja auch ein Verein tatktäftiger Mitbürger*innen nach Neudenauner Vorbild, um sich gemeinsam ehrenamtlich für ein Projekt zu engagieren. Dies

würde sich auch positiv auf den Zusammenhalt in unserer Kommune auswirken.

Durch etliche Entscheidungen des Bundes in jüngster Zeit werden den Kommunen zusätzliche Aufgaben zugemutet, die zu einer weiteren kostenintensiven Aufstockung des Personals verpflichten.

Das kann so nicht weitergehen, wenn man die Kommunen nicht in den Ruin treiben will!

Zu der prekären finanziellen Situation gesellt sich das akute **Problem des Personalmangels**. Bereits jetzt ist unsere Stadt nicht mehr dazu in der Lage, die geforderten Auflagen umfassend zu erfüllen und zwar weniger aus finanziellen - als vielmehr aus personellen Gründen.

Das Problem fehlender qualifizierter Erzieher*innen für die Kitas wird durch die künftige Sicherstellung der Versorgung von Ganztagsgrundschulen weiter verstärkt – auch die zum Teil hohen von Bund und Land geforderten Standards sind ebenfalls ein Problem!

Wir begrüßen die Aktivitäten der Verwaltung ausdrücklich, alternative Wege zu gehen, um neue Mitarbeiter*innen anzuwerben, fordern aber andererseits dazu auf, mit Nachdruck das Dilemma der Kommunen gegenüber Land und Bund deutlich zu machen. Auch hierin liegt enormer sozialer Sprengstoff.

Bildung ist wichtiger denn je, wenn man bedenkt, dass Lesen, Schreiben und sogar Zuhören inzwischen vielen Grundschulern schwerfallen. Daher kann es keinen Zweifel daran geben, dass wir auch weiterhin in KiTas und Schulen investieren müssen. Mit dem Neubau der Franz-Binder-Verbundschule bieten wir zukünftig alle Schulabschlüsse an, ermöglichen unseren Kindern mehr Chancengleichheit und eine höhere Durchlässigkeit innerhalb aller bestehenden Schularten.

Was die Ausstattung unserer Schulen angeht, sind wir bestens aufgestellt – nicht zuletzt durch hohe Investitionen in die Digitalisierung des Unterrichts.

Auch die **Verkehrspolitik** müssen wir verstärkt im Fokus haben. Unsere Erwartungen an innovative und mutige Impulse von Verkehrs- und Mobilitätsforscherin Frau Prof. Bremer sind hoch.

Ein weiterer Straßenausbau (**Stichwort vierspuriger B27-Ausbau**), einhergehend mit massiver Flächenversiegelung, Vernichtung von Naturräumen und Artenvielfalt sowie die weitere Zunahme der Verkehrsbelastung, sei es mit fossilem oder regenerativem Antrieb, kann und darf nicht unser Ziel sein! Die Einschätzung, dass der motorisierte Individualverkehr weiterhin enorm wichtig sein wird, teilen wir nicht.

Im Gegenteil: Eine massive Reduzierung des MIV ist zwingend erforderlich – ist er doch aktuell der größte Verursacher für CO₂-Ausstoß, Feinstaubbelastung und Minderung der Lebensqualität.

Hier sehen wir seitens der Politik eine Verpflichtung zur Steuerung und Regulierung.

Für uns ist den alternativen Fortbewegungsmitteln gegenüber dem Autoverkehr, - auch und gerade im Rahmen des Mobilitätspakts - unbedingte Priorität einzuräumen!

Was den Verlauf des geplanten **Radschnellweges** angeht, mehren sich auch in unseren Nachbarkommunen die kritischen Stimmen. Wir fühlen uns in unserer Haltung hinsichtlich der von uns vorgeschlagenen alternativen Wegeführung bestätigt und bitten die Verwaltung eindringlich zur erneuten Kontaktaufnahme mit den Nachbarkommunen auf, um im Schulterschluss gegenüber Regierungspräsidium und Landesverkehrsministerium Änderungen zu erwirken.

Innenverdichtung ja - aber nicht um jeden Preis und in Maßen.

Um in unserer Stadt gut und gesund leben zu können, bedarf es neben ausreichendem Wohnraum und gesundem Umfeld auch genügend freien Raumes und unversiegelter Bodenflächen, damit Gesundheit und Lebensqualität der Bürger*innen erhalten bleiben. Die freien Flächen auf unserer Gemarkung sowohl hinsichtlich Gewerbe - als auch Wohnbebauung sind nahezu aufgebraucht.

Doch auch die Innenverdichtung hat ihre Grenzen, denn Frischluftschneisen, Grünflächen, Biotopvernetzung und Wasserversickerungsmöglichkeiten werden in Zusammenhang mit den Folgen der Klimaerwärmung immer wichtiger. Die weitere Entwicklung unserer Stadt muss deshalb unbedingt maßvoll, schonend und vor allem klimaverträglich sein.

Wir brauchen wesentlich mehr Grün- und Wasserflächen. Die anstehende **Fortschreibung des Bebauungsplanes für den südöstlichen Stadtteil** bietet eine einmalige Gelegenheit, einen bestehenden, gewachsenen Stadtbereich zu einem nachhaltigen **Modellquartier mit Vorbildfunktion** zu entwickeln. Diesbezüglich wurden von unserer Fraktion Korrekturvorschläge formuliert, um einen möglichst hohen Grünflächenanteil und damit die Anpassungsmöglichkeiten an die Klimaerwärmung zu erhalten.

Der Zustrom Geflüchteter nach Deutschland hat sich zuletzt wieder verstärkt.

Dank der Bereitschaft vieler Mitbürger und Mitbürgerinnen in Neckarsulm, privaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, konnte vor Ort vielen Menschen bereits geholfen werden.

Eine weitere Entlastung konnte auch durch die Belegung frei gewordener Räume der Wilhelm-Maier-Schule gewonnen werden. Dennoch war es für den Landkreis unumgänglich, die Sporthalle der Christian-Schmidt-Schule zusätzlich für Unterbringungsmöglichkeiten zu nutzen.

Ein nahes Ende des Ukrainekrieges ist derzeit nicht absehbar. Auch der klimawandelbedingte Zustrom an Geflüchteten wird eher zunehmen.

Wenn wir unsere Sporthallen insbesondere für unsere Jugend und Sportvereine freihalten wollen, werden wir vermutlich im Laufe des Jahres um Containeranlagen nicht herumkommen. Darüber hinaus müssen wir uns Gedanken über die Anschlussunterbringung machen, ebenso über Sozialarbeit und weitere Begleitung.

Bedenken wir auch: Zuwanderer werden auf dem Arbeitsmarkt gebraucht, auch deshalb ist eine gute umfassende Integrationsarbeit auf allen Ebenen wichtig!

Die Zeitenwende ist da! Begegnen wir ihr mit Geschlossenheit und Entschlossenheit, mit Mut zu neuem Denken und dem Blick auf die Chancen, die durch Veränderungen entstehen. Die Überzeugung, dass etwas möglich ist, entfaltet eine gewaltige Kraft! Die sollten wir nutzen.

In diesem Sinne wenden wir uns an alle Bürgerinnen und Bürger: Beteiligen Sie sich an der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft unserer Stadt und engagieren Sie sich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Last but not least danken wir Verwaltungsspitze, allen Mitarbeiter*innen der Stadt, allen Fraktionen- für die intensive, konstruktive Zusammenarbeit - und nicht zuletzt allen Bürger*innen, die sich schon bisher für das Gemeinwohl der Stadt einsetzen, Geflüchteten in Eigenverantwortung privaten Wohnraum zur Verfügung stellen, Ressourcenschonenden Lebensstil pflegen, für den Zusammenhalt und das weitere Zusammenwachsen der Stadtgesellschaft eintreten.

Die Gemeinderatsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen stimmt dem Haushalt mehrheitlich zu.

Die Gemeinderatsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Neckarsulm, 24.1.23